



Beschluss des SPD-Landesparteitags am 22.10.2016 in Heilbronn

Stoppt den grün-schwarzen Bildungskahlschlag: Keine Kürzungen bei Kindern - Jugend - Bildung!

Die SPD Baden-Württemberg wendet sich entschieden gegen die Pläne der grün-schwarzen Landesregierung, durch Stelleneinsparungen im Bildungsbereich den Haushalt zu konsolidieren. Insgesamt sollen nach Absicht der Landesregierung 1074 Lehrerstellen gestrichen werden – trotz steigender (!) Schülerzahlen. Kultusministerin Eisenmann (CDU) droht nun mit Verweis auf den grün-schwarzen Haushaltsentwurf den Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Inklusion von Kindern mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung und den Informatikunterricht ab der 7. Klasse zu stoppen. Dies stellt einen großen Rückschlag für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg und einen Rückfall in dunkelste CDU-Regierungszeiten dar.

Die Fortschritte der vergangenen Jahre in der Bildungspolitik müssen erhalten werden. Die Änderung des Schulgesetzes, die der Inklusion von Kindern mit Behinderung erstmals klare und am Kindeswohl ausgerichtete Rahmenbedingungen gesetzt hat, war einer der zentralen bildungspolitischen Meilensteine der letzten Legislaturperiode. Damit konnte nicht nur gewährleistet werden, dass auch Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung ihren Platz in unserer Gesellschaft erhalten, sondern auch erstmals die UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Der Rechtsanspruch auf Inklusion ist für die SPD keine Frage des „ob“, sondern des „wie“ und kann nicht zur Disposition gestellt werden. Insbesondere für die angestrebte Umsetzung des Zwei-Pädagogen-Prinzips brauchen wir dringend mehr Lehrkräfte.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass der Ausbau von Ganztagschulen notwendig ist, um der Lebenswirklichkeit von Kindern, genauso wie der ihrer Eltern im Land gerecht zu werden. Wer die Axt an den Ausbau der Ganztagschulen legt, muss einen Rückschritt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verantworten. Die Eltern im Land, die sich bereits auf den Ausbau der Ganztagschulen eingestellt haben, stehen nun vor der Herausforderung, kurzfristig das Leben ihrer Familie neu zu organisieren. Die Kinder, die von der guten Pädagogik der Ganztagschulen in ihrer Entwicklung profitieren, werden durch die Pläne von Grünen und CDU zum Spielball politischen Streits. Auch die Kommunen brauchen Planungssicherheit. Die SPD hat in der letzten Landesregierung den Ausbau der Ganztagschulen mit Nachdruck vorangetrieben und die Ganztagschule erstmals in Baden-Württemberg im Schulgesetz verankert. Wir werden als SPD Baden-Württemberg weiter für den Ausbau der Ganztagschulen im Land kämpfen, um mehr Förderung für alle Kinder und damit mehr Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen.

Der Ausbau des Informatik-Unterrichts ist für uns kein „nice-to-have“, sondern Grundvoraussetzung dafür, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen nicht erst von morgen, sondern von heute vorbereiten. Jedes Versäumnis in diesem Bereich wird unsere Kinder in ihrem späteren Leben teuer zu stehen

kommen. Es war ein großer Fortschritt, dass der Ausbau des Informatikunterrichts unter der SPD in der Landesregierung Schwung aufgenommen hat. Wir verurteilen das Vorgehen von Grünen und CDU, die dieses zentrale Zukunftsthema zum Inhalt von politischen Grabenkämpfen machen. Es ist schlichte Ignoranz, wenn die Landesregierung sich in all ihren Sonntagsreden zur Digitalisierung bekennt, bei der Bildung in diesem Bereich aber zum Kahlschlag ansetzt.

Die SPD Baden-Württemberg weiß: Nur eines ist noch teurer als Bildung, und das ist keine Bildung. Dass die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung kein Widerspruch zu mehr Investitionen in Bildung ist, hat die letzte Landesregierung mit Andreas Stoch im Kultusministerium und Nils Schmid im Finanz- und Wirtschaftsministerium gezeigt. Über 1,3 Milliarden Euro mehr in Bildung haben die baden-württembergische Schullandschaft deutlich besser aufgestellt, als je zuvor unter einer CDU-geführten Landesregierung. Dass die in der letzten Legislaturperiode insbesondere von den Grünen geforderte Streichung von 11.600 Lehrerstellen verhindert werden konnte, ist maßgeblich dem Widerstand der SPD zu verdanken. Seit 2014 haben wir alle Stellenabbaupläne auf Null gesetzt und fordern dies auch für diesen Haushalt. Dieser Wille scheint bei dem neuen Koalitionspartner CDU wohl zu fehlen. Für uns ist klar: Unsere Kinder sind unsere Zukunft und dürfen nicht zum Opfer der Koalitionsstreitigkeiten und Machtspiele von Grünen und CDU werden!

Wir fordern Grüne und CDU auf, angesichts steigender Schülerzahlen die Pläne zur Streichung von Lehrerstellen sofort zu stoppen! Die CDU-Kultusministerin fordern wir auf, den angekündigten Stopp bei Inklusion, Ganztagschulen und Informatikunterricht vom Tisch zu nehmen und die Politik der Nadelstiche gegen die Gemeinschaftsschulen, z.B. durch Drohung mit der Erhöhung des Klassenteilers, zu beenden.

Dabei darf es zu keinen Formel-Kompromissen kommen. Auch eine Verschiebung der Streichung löst keine Probleme. Jeden Euro, den Grüne und CDU heute bei der Bildung sparen, werden kommende Generationen um ein Vielfaches zurückzahlen. Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer brauchen verlässliche Rahmenbedingungen in der Bildung.